



Schnelles Vergessen

Wirtschaftsskandale sorgen kaum für langfristigen Vertrauensverlust. Seite 17

Foto: photocase/jock+scott

Gold zerstört Leben

In Guatemala kämpft eine Region seit Jahren gegen eine Mine. Seite 18

Buchmesse beginnt

»Politisch wie selten« – stimmt das? Seiten 2, 3, 4, 13 und 14

Foto: dpa/Frank Rumpenhorst

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 14. Oktober 2015

70. Jahrgang/Nr. 239

Berlinausgabe 1,80 €

www.neues-deutschland.de



STANDPUNKT

Koalitionsfrage

Die SPD muss sich entscheiden, ob sie noch Teil dieser Regierung sein kann, meint Tom Strohschneider

Es ist vor einigen Tagen angesichts der Drohungen von Horst Seehofer gegen die Kanzlerin die Frage aufgekommen, ob Angela »Wir schaffen das« Merkel diese CSU mit ihrem Anti-Asyl-Geifer noch in der Koalition dulden könne. Mit ihrem grundsätzlichen Ja zu den »Transitzonen« hat die CDU-Chefin die Frage nun – nein: nicht beantwortet, sondern weitergereicht. An die SPD.

In ihrem Wahlprogramm hatte die SPD noch angekündigt, das Flughafenverfahren, »das mit erheblichen Restriktionen verbunden ist, aussetzen« zu wollen. Nun will die Union das Instrument sogar drastisch ausweiten. Allein der Name »Transitzonen« ist schon eine politische Sauerei, geht es doch darum, Menschen nicht »durchgehen« zu lassen – sondern abzuhalten. Der Hinweis, dies würde bloß jene betreffen, die ohnehin keine Aussicht auf Asyl-erkennung haben, ist die zweite Sauerei. Wie will ein Land, in dem die Zuständigen es nicht einmal schaffen, den Schutzsuchenden ein warmes Quartier zu bieten, rechtsstaatliche Verfahren und individuelle Prüfung garantieren?

In der SPD-Spitze sind die CSU-Abschiebezonen als »nicht menschengerecht« kritisiert worden. Wenn das die Haltung der Gabriel-Partei ist, sollte sie dies Merkel auch klar machen: Entweder keine Seehofer-Lager, die CSU-Politiker von »Selektion« träumen lassen und die der nächste Schritt der Rechtsverschiebung in der Asylpolitik wären – oder keine gemeinsame Regierung mehr.

Es ist Zeit für die Koalitionsfrage. Für die SPD geht es um mehr: um Menschengerechtigkeit.

UNTEN LINKS

Die Zeitschrift »Playboy« wolle keine nackten Frauen mehr im Heft zeigen, teilte der Chefredakteur Scott Flanders gestern früh überraschend mit. Man habe festgestellt, so Flanders, dass viele Leser »ins Internet abgewandert« seien, weil sich dort, wie er selbst vorgestern nach umfangreicher und kräftezehrender Recherche festgestellt habe, »viele Abbildungen junger nackter Frauen« fänden. Überdies habe er neulich durch einen irren Zufall herausbekommen, dass sogar seine Mutter und seine Freundin unter ihren Kleidern nackt seien. Daher wolle man beim »Playboy« nun in eine bislang »nicht erschlossene Marktlücke stoßen« und künftig Bilder von »alten Männern in Thermohosen und dicken Wollpullundern« drucken. Das gebe es so noch nicht auf dem hart umkämpften Magazinmarkt. Die »aufreizenden und provokanten Posen« der Abgelichteten sollen aber beibehalten werden. »Es soll ja sexy bleiben«, erklärte Flanders und griff sich dabei anmutig in den Schritt. *tbl*

ISSN 0323-4940



Große Koalition in der Transitzone

Kritik an Unionsplänen für »gefängnisähnliche Einrichtungen«. Wie ernst meint es die SPD?



Foto: photothek/Thomas Trutschel

Berlin. Nachdem der Streit um die Asylpolitik zunächst vor allem zwischen der CSU und der CDU tobte, wird jetzt der Riss zwischen Union und SPD tiefer: Führende Sozialdemokraten bis hin zu Justizminister Heiko Maas sind gegen den aus Bayern forcierten Plan, Flüchtlinge möglichst schon an der deutschen Landesgrenze abzuweisen. Geschehen soll dies in sogenannten Transitzonen, dort, so formuliert es der CSU-Innenpolitiker Stephan Mayer, könne man Flüchtlinge, die keine Chance auf Asyl-erkennung haben, »selektieren«.

In der SPD ist man davon nicht begeistert. Jedenfalls überwiegend. Generalsekretärin

Yasmin Fahimi sagte, diese Abschiebelager seien »nicht menschengerecht«. Nachdem sich Bundesinnenminister Thomas de Maizière die Idee aus Bayern zu eigen gemacht und Angela Merkel grundsätzlich auch nichts dagegen hat, wird der Streitfall nun zur Bewährungsprobe – vor allem für die Glaubwürdigkeit der SPD.

Deren Außenpolitiker Niels Annen sagte, seine Vorstellung reiche »dafür nicht aus, dass wir an unseren Grenzen quasi gefängnisähnliche Einrichtungen unterhalten«. Maas hatte kritisiert, es würden »Massenlager im Niemandsland« drohen. Ähnlich äußerten sich weitere SPD-Politiker. Ausgerechnet Brandenburgs rot-

roter Ministerpräsident Dietmar Woidke sprach sich dafür aus, den CSU-Vorschlag zu prüfen. Linkspartei und Grüne sowie Pro Asyl und das Institut für Menschenrechte lehnten die Pläne scharf ab, auch die EU-Kommission äußerte sich am Dienstag sehr skeptisch.

In der Union haben einige das Konfliktpotenzial der »Transitzonen« erkannt. Unionsfraktionsgeschäftsführer Michael Grosse-Brömer ermahnte die SPD zur Linientreue. »Die SPD sollte nicht versuchen, gleichzeitig Regierung und Opposition zu sein.« Ähnlich äußerte sich die CSU, die der SPD vorwarf, sich in »Nörgeleien« zu überbieten. *tos* Seite 5

Portugal nimmt Kurs auf Linksregierung

Sozialisten wollen mit Linksblock die Mitte-Rechts-Regierung von Pedro Passos Coelho ablösen

Gut eine Woche nach der Parlamentswahl in Portugal hat die Partido Socialista (PS) begonnen, die Möglichkeiten zu einer Ablösung der Mitte-Rechts-Regierung zu prüfen.

Von Ralf Streck, San Sebastián

Catarina Martins ist vom Ende der Mitte-Rechts-Regierung in Portugal überzeugt: Nach ihrem Treffen mit dem sozialistischen Oppositionsführer António Costa gab die Vorsitzende des Linksblocks (BE) zu Protokoll: »Von unserer Seite ist heute klar, dass die Regierung von Pedro Passos Coelho und Paulo Portas zu Ende ist«, erklärte Martins am Montag. Das Treffen mit Costa sei »sehr interessant« gewesen. Die Bedingungen für die Bildung einer Regierung seien gegeben, welche »Beschäftigung, Löhne und Renten schützt«, fügte sie an.

António Costa äußerte sich ähnlich, wenn auch zurückhal-

tender. Der Chef der Partido Socialista (PS) bezeichnete das Gespräch als »sehr interessant«. Damit bewertete er auch positiv, dass Martins der PS die Führung überlassen will. »Es gibt Bereiche, die zu einem soliden und stabilen Verständnis führen können«, sagte Costa und kündigte die Bildung einer Arbeitsgruppe zur Konkretisierung an. Zwar gebe es Unterschiede zwischen BE und PS, doch es gebe auch ein »gemeinsames Interesse«, fügte er an. »Es liegen Bedingungen vor, dass es dieses Abkommen geben kann.«

Anders fiel zuvor seine Wortwahl nach den Verhandlungen mit dem bisherigen Regierungschef Coelho aus. Der konservative Staatspräsident Aníbal Cavaco Silva hatte zunächst seinen Parteifreund mit der Regierungsbildung beauftragt. Costa hatte das Treffen mit Coelho als »sehr wenig aufschlussreich« bezeichnet.

Klar ist jedoch, dass sich der Sozialist alle Türen offenhält. Er hat

vor einem neuen Treffen mit Coelho am späten Dienstag allerdings den Druck auf die Konservativen erhöht. Ohne die PS kann die Koalition »Portugal voran« (PàF) keine Regierung bilden.

Die PàF wurde vor der Wahl aus Coelho's konservativer PSD und der rechten CDS von Portas gebildet. Die beiden Parteien, die zuvor getrennt antraten, haben ihre absolute Mehrheit verloren und kamen nur noch auf knapp 37 Prozent. Dagegen erreichten PS und BE die gleiche Anzahl der Sitze und ihre Regierung hätte in der Bevölkerung mit knapp 43 Prozent der Stimmen deutlich mehr Rückhalt. Zusammen mit den 8,3 Prozent der grün-kommunistischen CDU gäbe es eine absolute Mehrheit an Sitzen und Stimmen.

Bisher konnte die Rechte darauf vertrauen, dass die Linke uneins bleibt. Obwohl die CDU sogar den Euro wieder verlassen will, was der Linksblock als »Plan B« nicht ausschließt, wollen die Kom-

munisten nun jedoch eine von der PS geführte Regierung stützen, die unter allen Umständen im Euro bleiben will. Kommunistenthef Jerónimo de Sousa wäre zwar eine Dulddung lieber, aber um eine stabile Regierung zu bilden, schloss er im Gespräch mit Costa vergangene Woche auch eine Regierungsbeteiligung nicht aus. Für ihn wäre es »unverständlich«, die Chance für einen Wandel nicht zu nutzen.

Lesen Sie heute im Ratgeber

Kassenleistungen »ruhend« gestellt

Energietarifrechner für 2015 im Test

Welche Rechte haben die Taxikunden?

Flug MH17 von einer Buk-Rakete abgeschossen

Mörder von 298 Menschen bleiben unbekannt – Ermittlungen dauern an

Berlin. Die malaysische Boeing 777 mit der Flugnummer MH17 ist über der östlichen Ukraine mit einer Buk-Flugabwehrrakete abgeschossen worden. So steht es im Abschlussbericht der niederländischen Untersuchungskommission, der am Dienstag in Den Haag vorgelegt wurde. Die Verantwortung für das Verbrechen bleibt ungeklärt. Bei dem Abschuss der Boeing 777 am 17. Juli 2014 waten alle 298 Insassen ums Leben gekommen.

An der Untersuchung waren Experten aus sieben Ländern beteiligt. Russland kritisierte die Nachforschungen als voreingenommen und legte am Dienstag eigene Rechercheergebnisse vor. Seit dem Abschuss von MH17 streiten sich die Ukraine und Russland, wer dafür verantwortlich ist. Die Schuldfrage soll von einem anderen internationalen Team geklärt werden, das ebenfalls unter niederländischer Leitung steht. Dessen Wertung soll im kommenden Jahr vorliegen. *hei* Seite 7

Linksfraktion nun mit Doppelspitze

Wagenknecht und Bartsch zu Nachfolgern Gysis gewählt

Berlin. Dietmar Bartsch und Sahra Wagenknecht bilden die neue Doppelspitze der Linksfraktion im Bundestag. Die beiden bisherigen Vizevorsitzenden wurden am Dienstag zu den Nachfolgern von Gregor Gysi gewählt, der die Funktion mit Unterbrechung 20 Jahre lang ausübte. Bartsch erzielte 55 Ja-Stimmen bei 60 abgegebenen Stimmen (91,6 Prozent), bei Wagenknecht waren es 47 Ja-Stimmen (78,3 Prozent). Sie gilt als eine Wortführerin des linken Parteiflügels. Bartsch dagegen zählt zu den Reformern in der Partei, die einer Regierungsbeteiligung auch auf Bundesebene aufgeschlossener gegenüberstehen. Beide Lager hatten sich in der Vergangenheit zum Teil heftig bekämpft.

Gysi hat fast 25 Jahre das Bild von PDS und Linkspartei geprägt. Seit 2005 führte er – anfangs zusammen mit dem ehemaligen SPD-Chef Oskar Lafontaine – die Fraktion der LINKEN an. Gysi wird dem Bundestag weiter angehören und als stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuss tätig sein. *Agenturen/nd* Seite 6

Blutiger Tag in Jerusalem

Drei Israelis und ein palästinensischer Angreifer getötet

Jerusalem. Bei zwei Terroranschlägen in Jerusalem sind drei Israelis und ein palästinensischer Angreifer getötet worden. Mehr als 20 weitere Menschen wurden verletzt, davon sechs schwer, wie israelische Medien am Dienstag berichteten. Es war der bisher blutigste Tag während der seit knapp zwei Wochen anhaltenden neuen Gewaltwelle in Israel. Zwei Palästinenser brachten im Stadtteil Talpilot einen städtischen Autobus in ihre Gewalt. Sie versperrten die Türen und griffen die Fahrgäste mit Schuss- und Stichwaffen an. Zwei Passagiere starben, sieben weitere erlitten Verletzungen. Schließlich stoppte ein privater Sicherheitsmann den Bus. Er erschoss einen Attentäter und setzte den zweiten mit Schüssen außer Gefecht.

Im Viertel Geula raste ein Palästinenser mit dem Auto in eine Gruppe, die an einer Bushaltestelle wartete. Ein Israeli wurde getötet, ein weiterer schwer verletzt. Der Angreifer stieg aus und stach mit einem Messer auf seine Opfer ein. Er wurde dann mit Schüssen verletzt und festgenommen. *dpa/nd*